

Anfrage

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 01.04.2009
Ltg. -247/A-4/62-2009
Ausschuss

des Abgeordneten **Waldhäusl**

an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Wolfgang Sobotka
gem. § 39 Abs. 2 LGO 2001

betreffend: **Wirtschaftsfeindliche Bauvergaben des Landes Niederösterreich**

In Zeiten einer Wirtschaftskrise ist es äußerst wichtig, dass die NÖ Landesregierung sehr viele Maßnahmen zur Unterstützung der heimischen, vor allem örtlichen, Wirtschaft setzt. Speziell die Klein – und Mittelbetriebe brauchen gerade jetzt eine starke Unterstützung, da sie letztendlich die meisten Arbeitsplätze sichern.

Es ist daher auf das Schärfste zu verurteilen, dass gerade jetzt von der NÖ Landesregierung Bauvorhaben ausgeschrieben und vergeben werden, diese aber nur zu einem Teil heuer an die Firmen ausbezahlt werden.

Als Extrembeispiel wäre hier der konkrete Fall im Straßenbau bei der Vergabe von Erdarbeiten im Zeitraum von Februar bis Juli 2009 heranzuziehen, wo die Firma per Pönale zur Fertigstellung mit 1. August 2009 gezwungen wird, im heurigen Jahr jedoch nur 10 % der kompletten Auftragssumme ausbezahlt bekommt. Den Restbetrag von 90 % erhält die Firma im Laufe des Kalenderjahres 2010 – also im schlimmsten Falle im Dezember 2010.

Aufgrund der schwierigen Wirtschaftslage bekommen die einzelnen Baufirmen jedoch erschwert bzw. überhaupt keinen Überbrückungskredit bei den Banken. Rechnen die Firmen Finanzierungskosten in das Bauvolumen ein, so haben sie gegen die große Bauindustrie bei der Vergabe keine Chance.

Durch diese Vorgangsweise werden daher viele Bauaufträge in die Hände großer bzw. sich nicht in unserem Bundesland befindlicher Firmen gespielt und die örtliche Wirtschaft schaut durch die Finger. Man könnte auch behaupten, dass es in Niederösterreich mittlerweile so weit ist, dass die Firmen dem Land Niederösterreich einen Kredit gewähren müssen.

Der Gefertigte stellt daher an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Wolfgang Sobotka folgende

Anfrage:

1. Ist Ihnen dieser Umstand solcher Vergaben bekannt?
Wenn ja, warum genehmigen Sie solch eine wirtschaftsfeindliche Vorgangsweise und stehen nicht hinter den niederösterreichischen Klein- und Mittelbetrieben?
2. Seit wann genau und wie oft wurde diese Vorgangsweise bereits gewählt?
3. Ist diese Vorgangsweise nur im Straßenbau üblich, oder wird sie auch bei anderen Bautätigkeiten des Landes NÖ (Pflegeheime, Krankenhäuser, Schulen, etc.) angewandt?
4. Welche unterschiedlichen Bezahlungsmodalitäten (prozentuelle Aufteilung der Teilzahlungen) konkret gab es bei diesen Vergabearten?
5. Beruht diese Tatsache auf Grund von Budgetkürzungen?
Wenn ja, ist diese Vorgangsweise regionsspezifisch unterschiedlich oder in allen Vierteln Niederösterreich gleich?
6. Wie hoch ist der Betrag insgesamt, den sich dadurch das Land Niederösterreich für das Jahr 2009 erspart, bzw. welcher erst im Budget 2010 schlagend wird?